

Nun erst recht Sowjet-Sachsen!

Genosse Thälmann zur Dresdner Arbeiterschaft

Zu einer gewaltigen Kundgebung für die kommunistische Partei gefallenen ich gestern die Versammlungen im Kristallpalast in Dresden und im Sächsischen Volk in Freital, in denen Genosse Thälmann über den Kampf um das rote Arbeiterjoch sprach. Die Versammlungen waren ein gewaltiger Aufruf zu den am Sonntag stattfindenden Wahlen. Die Versammlung im Kristallpalast mußte schon lange vor Beginn abgebrochen werden, und noch immer strömten neue Massen heran, die dann nach dem Velleneu geleitet wurden und das sich in kurzer Zeit bis auf den letzten Platz füllte. Auch in Freital konnte der Saal des Sächsischen Volk die Menschenmassen nicht fassen, so daß Hunderte wieder umkehren mußten. Mit stürmlichem Beifall wurde Genosse Thälmann begrüßt. In seinem Referat führte er folgendes aus:

Die Wahlen in Sachsen müssen unter dem Gesichtswinkel der gesamten politischen Situation behandelt werden. Das starke Interesse, das die Bourgeoisie im Reich den sächsischen Wahlen schenkt, kennzeichnet ihre Bedeutung. Für die KPD sind die Wahlen ein wichtiges Mittel zur Gewinnung der Massen und zur Organisierung der sozialen Revolution. Die Sachseuwahlen sollen die Grundfragen des proletarischen Kampfes, die Stellung des Proletariats zur bürgerlichen Demokratie, dem bürgerlichen Staat und zur proletarischen Revolution auf. Ueber das Wesen der bürgerlichen Demokratie habe der Reichstagswahlkampf im Jahre 1923 die beste Illustration gegeben. Die Niederlage des deutschen Proletariats im Oktober 1923 habe über zugleich dem deutschen Proletariat außerordentlich wichtige Lehren gegeben für die künftige proletarische Revolution. Die revolutionären Bewegungen lassen sich in drei Hauptabschnitte aufteilen: die erste Periode von den Soldaten-Rebellionen im Jahre 1918 bis zum Jahre 1921 mit ihren revolutionären Kämpfen in Berlin, München und im Ruhrgebiet, die zweite vom Kapp-Putsch bis zum Oktober 1923, die die Erstarrung der Reaktion kennzeichnet und die nach monarchistischen Ausschüßungen endet mit der Niederschlagung der sächsischen Arbeiter durch Reichsgeheimrat unter Zustimmung der sozialdemokratischen Führer, unter Führung von Ebert und Seitzmann, die dritte Periode kennzeichnet der Prozeß der scharfen Konzentration des Kapitals, und der Rationalisierung der Wirtschaft, sowie die Eingliederung der bürgerlichen Republik in die internationale kapitalistische Wirtschaft und Politik.

Im Zusammenhang damit behandelte Genosse Thälmann die Politik der deutschen Bourgeoisie unter Führung von Stresemann und zeigte die Bestrebungen auf, mit der die deutsche Bourgeoisie zu einer imperialistischen Außenpolitik kommen will.

Dem die Massen der Arbeiter beginnen allmählich zu begreifen, daß es keinen Ausstieg im Kapitalismus gibt. Der Kampf der Bergarbeiter im Ruhrgebiet, die Aufmärsche der Erwerbslosen, die 15 Millionen Stimmen beim Volksentscheid fanden neue gewaltige soziale und politische Bewegungen in Deutschland an. Besonders Bedeutung gewinnt der Hamburger Hafenarbeiterstreik, wo zum ersten Male aktiv der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung geführt wurde. Er war nur ein Vorboten der Revolution. Er ist nur vortag und hat vor den Arbeitern die Rolle der SPD und der reformistischen Gewerkschaftsführer klar aufgezeigt.

Die Wahlen in Sachsen zeigen die volle Uebereinstimmung der Industriellen mit der Volkspartei, den Deutschnationalen und den völkischen Verbänden. Die SPD hat das Koalitionsangebot der Scharfnacher, des Silberberg auf der Dresdner Tagung der Industriellen anlässlich angenommen. Sie ist bereit, auch in Sachsen in die Große Koalition einzutreten. Wels und Crispian, die jetzt in Sachsen Wahlreden halten, sind bewußt der entscheidenden Frage der Koalition ausgewichen. Sie wollen die Große Koalition nicht nur im Reich, sondern auch in den Landesparlamenten. Der Hohenzollernvergleich, die größte Schmach für die deutschen Arbeiter, und die Zustimmung der SPD-Führer in Preußen sollte die Bahn frei machen zum Eintritt in die Große Koalition. Genosse Thälmann zeigt die Gelegenheit das verräterische Verhalten der SPD-Führer in Preußen, die ungeheure Empörung in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter ausgelöst hat. Mit der Zustimmung zum Hohenzollernvergleich in Preußen, mit der Preisgabe der 15-Millionen-Front, hat sich die SPD als die Wegbereiterin der sächsischen Reaktion erwiesen. Mit den Geldern aus dem Hohenzollernvergleich werden die sächsischen Höden finanziert. Während die erste 5-Millionenrate an Wilhelm abgeliefert wird, erklärt die Reichsregierung im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages, daß kein Geld für die Erwerbslosen vorhanden sei. (Stürmische Entrüstung in der Versammlung.)

Für die KPD geht es im Wahlkampf nicht in erster Linie um Stimmen und Mandate, sondern um die Mobilisierung der Arbeiter und der proletarischen Mittelklassen. Der Kongreß der Werktätigen ist eines ihrer politischen und organisatorischen Mittel, um die breiten Massen in Bewegung zu bringen, sie zu Teilforderungen und Kämpfen gegen die Pläne der Ausbeuter zu führen.

Der Kampf in Sachsen geht in erster Linie gegen den Bürgerblock und seine Patzen, die AEPS. Und wenn die sächsischen Bourgeoisie den Wahlkampf unter der verlogenen Parole: „Nun erst recht Sowjet-Sachsen!“ führt, so ist das eine große Täuschung der Massen. Wir haben noch nie ein Sowjet-Sachsen gehabt. Wäre das wirklich der Fall gewesen, dann könnte heute die Bourgeoisie keinen Wahlkampf führen. Gegen die Parole des Bürgerblockes, gegen dieses Reichswahl-Sachsen, sagen wir: „Nun erst recht Sowjet-Sachsen!“ Der Kampf der Kommunisten gilt nicht minder scharf der Held-Regierung und ihrer Großen Koalition, zu der auch die Linken bereit sind. Genosse Thälmann erinnert an die Haltung der Alpinist, Zellisch und Konforten, auch an die Haltung der SPD-Presse, ganz besonders die „Dresdner Volkszeitung“, die in der Aufzählung den „Vorwärts“ übertrumpft. Die Haltung der sächsischen Linken in allen für die Arbeiter entscheidenden Fragen zeigt die Uebereinstimmung mit dem Parteivorstand, dessen Gelangens die Linken Führer sind. Die KPD wird eine sozialdemokratische Regierung unterstützen. Sie weicht der Regierungsfrage nicht aus, und tut aber zu gleicher Zeit alles, um die demokratischen Mutationen des Jahres 1923 aus den Köpfen der Arbeiter herauszuwässern. Das Ziel der KPD ist, das auch im Wahlkampf offen ausgesprochen werden muß: die Ermöglichung der proletarischen Diktatur. Die KPD hat aus den Erfahrungen des Jahres 1923, die besonders in Sachsen gemacht wurden, gelernt. Die Haltung der verräterischen SPD-Führer ist für die KPD nun erst recht Benachteiligung, die Verbindung mit den sozialdemokratisch organisierten Arbeitermassen herzustellen und den Unterschied zwischen den SPD-Arbeitern und ihren Führern aufzuzeigen. Mit den SPD-Arbeitern in einer Front wird die KPD die Parawelle und Armeen des Proletariats schaffen, die die deutsche Revolution regelrecht zu Ende führen.

Tösende Beifall durchdröhnte am Schluß der trefflichen Ausführungen den Saal des Kristallpalastes. Begeistert stimmten die Massen, unter denen sich sehr viele sozialdemokratische und parteilose Arbeiter befanden, in den Gesang der „Internationale“, ein, den die Schalmekapelle des Roten Frontkämpferbundes intonierte.

Zu der Barakellensammlung im Velleneu sprachen zwischen die Vertreter des Roten Frontkämpferbundes, der Partei und des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit zu den dort versammelten Arbeitermassen. Der letzte Redner forderte auf, die Kriegsoffer, die physisch nicht so in der Lage sind, sich am Wahlkampf zu beteiligen, zu unterstützen, und alle Stimmen auf die Liste 3 abzugeben.

In Freital hatte inzwischen in dem bis auf den letzten Platz ausgeschöpften Saal der Genosse Radei gesprochen. Sein Referat und die Ausführungen des Genossen Thälmann lösten auch hier begeisterte Zustimmung der Arbeiter aus.

Die politischen Kundgebungen haben gezeigt, daß die Sympathien der Arbeiter auf der Seite der Kommunisten sind. Noch zwei Tage haben wir Zeit. Sehen wir die letzten Kräfte ein, dann wird das Wahlergebnis am Sonntag selbsterklärend sein.

Die KPD marschiert! Trochalleben und allebei!

Bethle-Politik der SPD in Berlin

Die SPD verrät die Mehrheit an die Bürgerlichen!

Im Berliner Stadterordnetenkollegium besteht eine kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit. Die Arbeiter Berlins haben gegen den Bürgerblock entschieden. Gestern stand nun die Neubestellung des Magistrats zur Tagesordnung der Stadterordnetenversammlung. Es ist ganz selbstverständlich der Wille der Arbeiter, daß dort, wo sie eine Mehrheit geschaffen haben, sie auch den Magistrat mit einer solchen Mehrheit besetzt haben wollen. Die praktische Auswirkung der letzten Gemeindevahlen hätte also sein, wo die Magistratswahlen stattfinden, die sein müßten, daß auch im Magistrat die kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit hergestellt würde.

Die Sozialdemokraten aber zeigen, daß sie in Berlin die Politik machen, die Bethle in Sachsen vollführt.

In längeren, vorhergehenden Verhandlungen haben die sozialdemokratischen Führer mit dem Bürgerblock vereinbart, daß sie diesen die Mehrheit des Magistrats überlassen und die Kommunisten aus dem Magistrat vollständig ausschließen.

Die Sozialdemokraten, die diese Politik betreiben, gehören keineswegs der AEPS, sondern der SPD, der Partei der Art und Liebmann an. Aber ist das eine andere Politik wie sie die Bethle und Bethle in Dresden machen? Nein, das ist die Politik der 23. Diese Politik ist in Berlin beschloßen vom Parteivorstand der SPD, von jenem Otto Wels, der im Zirkus seine Rede gegen die 23 gehalten hat.

Ueber die Vorgänge im Berliner Stadterordnetenparlament wird uns aus Berlin mitgeteilt:

In der Berliner Stadterordnetenversammlung, in der Kommunisten und Sozialdemokraten die Mehrheit haben, wurden gestern die Ergänzungswahlen zum Magistrat vorgenommen. Die Sozialdemokraten hatten mit den Bürgerlichen über die Besetzung der einzelnen Stellen verhandelt und sich so geeinigt, daß die Kommunisten keinen einzigen Sitz erhalten sollten. In der gestrigen Sitzung gab die kommunistische Fraktion eine Erklärung ab, die gegen das Verhalten der Sozialdemokraten, die auch im Berliner Stadterordnetenparlament die Große Koalition durchzuführen wollen, protestiert und die Berliner werktätigen Massen zum Kampf aufrief. Die Kommunisten erklärten, Obstruktion üben zu wollen und führten das auch durch.

Der sozialdemokratische Stadterordnetenvorsitzer hat sich deshalb durch die Polizei 14 Kommunisten aus dem Parlament hinausjagen. Die kommunistische Fraktion verzicht darauf zum Protest den Saal. Nachdem so die „Ruhe“ hergestellt war,

Wählt Kommunisten - Liste 5!

SPD-Gehnsucht

Unser Streben muß immer sein, in die Regierung zu kommen.

Die sozialdemokratische „Schwäbische Tagwacht“ in Stuttgart veröffentlicht zwei Artikel zur Regierungsfrage im Reich, die mit einer Klarheit, die nicht zu wünschen übrig läßt, den Standpunkt der SPD offenbaren. Die Artikel setzen auseinander, daß die SPD bisher die Außenpolitik der bürgerlichen Regierung vollkommen unterstützt hat. Die SPD habe nun zwar noch einige Bedenken gegen die Innenpolitik des Reiches, aber es gäbe Gründe, die Unerblichkeit zwischen der Stellung der SPD zur Außen- und zur Innenpolitik fallen zu lassen.

„Nach der Gesamtpolitik der Regierung muß sich unsere Stellungnahme zu ihr richten. Ist die Gesamtpolitik so gerichtet, daß wir sie unterstützen können, dann müssen wir sie durch aktive Mitarbeit unterstützen und im Sinne des werktätigen Volkes beeinflussen.“

Da für die „Tagwacht“ die Außenpolitik das Fundament für die Befriedung des Staates und Volkes bildet, folgt ohne weiteres, daß die SPD die antisoziale Innenpolitik des Reiches schärfen soll und sogar die Mitverantwortung für diese Politik durch Teilnahme an der Regierung übernehmen muß. Die „Tagwacht“ spricht das offen in folgender Form aus:

„Selbstverständlich wollen wir in die Regierung; unser Streben muß immer sein, in die Regierung zu kommen (von der „Tagwacht“ selbst gesperrt), nur wollen wir in der Regierung auch ein gewisses Maß von Einfluß ausüben zum Nutzen der Volkstrolche, deren Vertrauen wir genießen.“

Die „Tagwacht“ zweifelt offenbar selbst daran, daß diese heumattige Regierungsneigung bei den sozialdemokratischen Arbeitern Verständnis oder gar Zustimmung finden wird. Kein Arbeiter wird es bezweifeln, daß die Sozialdemokratie den bürgerlichen Parteien auch noch die formale Verantwortung für die arbeitserfindliche Politik des Bürgerblockes annehmen soll. Die „Tagwacht“ fordert daher bedingungsloses Vertrauen der Mitglieder zu dem parlamentarischen Schieber der SPD:

„Notwendig aber sind für eine große Partei wie die Sozialdemokratie bei der heutigen parlamentarischen Lage zwei Dinge: tatsächliche Beweglichkeit und Vertrauen der aktiven Parteigenossen, die die Träger des Parteilebens sind, zur parlamentarischen Vertretung.“

Die Träger der Sozialdemokratischen Partei lassen also zwar alle Arbeit verrichten, aber die Politik ist das Vorrecht der Abgeordneten, die sogar im Widerspruch zu den Auffassungen der Mitglieder beliedige Koalitionen aus Kosten der Arbeiterschaft eingehen dürfen! Das ist die Weisheit der „Tagwacht“, die angesichts der wachsenden Oppositionstimmung der sozialdemokratischen Arbeiter keinen anderen Ausweg weis als das Kommando: Arbeiten und Schweigen!

Gripien in der Defensibe

Man sollte annehmen, daß die „linke“ sächsische Sozialdemokratie den Wahlkampf in Sachsen benutzt, um der AEPS Sachsen ihr ganzes Sünderregister vorzuhalten und den scharfsten Kampf gegen sie zu führen. Denn seit mehr als einem Jahr haben die sächsischen sozialdemokratischen Arbeiter, die die Früchte der Koalitionspolitik an ihrem eigenen Leibe erfahren müssen, den Kampf gegen diese sozialdemokratischen Koalitionsmisler verlangt und sie aus ihrer Partei hinausgedrängt. Im Wahlkampf müßte jetzt eine Beschränkung der Angriffe auf die AEPS erfolgen. Aber siehe da, die sozialdemokratische Presse Sachsen veröffentlicht einen Artikel Arthur Crispian, der schon in seinem Titel: „Keine Zersplitterung“ laut der Ueberrückung der AEPS die Vereinigung mit ihr anstrebt und vorbereitet. Der Artikel Crispian enthält keinen einzigen Angriff auf die AEPS, sondern nur eine Verteidigung gegenüber Angriffen der AEPS. Crispian bezieht sich, zugleich zu erklären, daß keine seiner grundsätzlichen Gegensätze zwischen AEPS und Sozialdemokratie Sachsen bestehen. Er erklärt wortlos:

„An Anfang handelte es sich um taffische Meinungsverschiedenheiten... Keine geschichtliche Katastrophe, wie der Weltkrieg, schuf diese grundsätzlichen Gegensätze...“

Bei einer solchen Beurteilung bleibt eigentlich unerfindlich, weshalb die AEPS-Anhänger aus der Sozialdemokratie ausgeschlossen worden sind. Crispian deutet noch sofort an, daß

könnten die vereinigten Sozialdemokraten und Bürgerlichen die Wahl durchführen, wobei diejenigen gewählt werden, die in den vorher festgelegten Verhandlungen nominiert worden waren.“

Die Sozialdemokraten haben in Berlin den gleichen Verrat durchgeführt, den die Bethle-Sozialdemokraten seit 1923 in Sachsen durchgeführt. Was unterscheidet nun die Wels-AEPS-Sozialdemokraten von den 23? Im Preussischen Landtag schenken die Sozialdemokraten den Hohenzollern 500 Millionen zu. In der Berliner Verwaltung geben sie trotz KPD- und SPD-Mehrheit im Kollegium den Bürgerlichen die Mehrheit. Das ist unbedingte Bethle-Helb-Politik. Alle politischen Schachzüge der SPD sind darauf angelegt, die Große Koalition im Reich und in Preußen vorzubereiten, ganz selbstverständlich geht in dieses Programm auch die Große Koalition in Sachsen. Damit arbeiten die sozialdemokratischen Führer auch hier hin. Was hat im Schwau seiner Phrasenreden im Zirkus erklärt: die bürgerliche Gesellschaft gehört auf die „Liste 5 an“. Otto Wels hat ihm schnell Margemacht, daß er damit die Koalitionsfähigkeit aufs Spiel gesetzt, dreimal angegriffen darauf ist die Feder und erklärt, er habe das nicht im schlimmsten gemeint. Dreimal entschuldigt sich Artz vor dem Parteivorstand. Welch anderen Sinn hat das, als daß Artz seine Koalitionsfähigkeit bewellen will?

Nur noch 2 Tage trennen uns von der Wahl, nur noch 2 Tage, dann sollen die Arbeiter entscheiden, ob sie diesen Verrat, die von der Irreführung der Arbeiter loben, ihre Stimmen geben wollen.

Können ihr diese Parteivertreter wählen? Arbeiter, wenn ihr das ehrliche Politik, wenn man nach Dresden kommt und auf die 23 Vertreter schimpft, aber in Berlin eine gleiche Politik wie die 23 macht? Die SPD in Sachsen spekuliert wie das Bürgerblock darauf, daß ihr sächsischen Werktätigen nicht die 23 Berlin sehen können, spekuliert auf lokale Beschränktheit.

Werktätige Sachsen! Ihr wißt, daß die Berbecher auch die Kapitalisten und ihre Parteien, von den Wählenden bis zu den Altschulischen sind. Erkennt daß die SPD, die Artz und Liebmann trotz der radikalen Gesen in der gleichen Front stehen und stehen.

Macht den neuen Verrat zu schanden!

Gehet den Feinden der arbeitenden Massen am 31. Oktober die Danksagung.

Nieder mit dem Bürgerblock!

Schluß mit den Fürkneidern und Lakaien der Kapitalisten!

Was will der ADOB?

Phraze oder Kampf.

Der ADOB, der Deutsche Gewerkschaftsring, der Deutscher Gewerkschaftsbund und der Afa-Bund haben in einer am Dienstag stattgefundenen gemeinsamen Sitzung eine Entschlüsselung angenommen, die heute morgen im „Vorwärts“ veröffentlicht wird. Es heißt darin, daß die Arbeitlosigkeit in der modernen Wirtschaftsentwicklung begründet liegt und politische Maßnahmen erforderlich. Die Folgen der Rationalisierung erfordern einen geschichtlichen Zwang zur Durchführung der Arbeitlosigkeit und den Tag.

Die Haltung Crispian ist nach seiner Vergangenheit klarlich sich nicht besonders erkrankt. Daß sein Artikel aber von der sozialdemokratischen Presse Sachsen ohne ein Wort des Widerspruches aufgenommen wird, zeigt, daß auch die Führer der sozialdemokratischen „Linken“ mit dem Parteivorstand unter einer Decke stehen. Aber noch wichtiger ist die Frage, wie die linken sozialdemokratischen Arbeiter sich zu dem Vorschlage Crispian stellen werden. Sie, die Arbeiter, haben doch ehrlieh den Kampf gegen Bethle geführt. Sie haben diese grundsätzlichen Gegensätze zwischen sich und der AEPS empfunden; daher ihr Hoch und ihre Erbitterung gegen die 23 Rechtssozialisten, die selbst der Parteivorstand angesichts dieser Stimmung nicht vor dem Faschismus trotz vielfacher Bemühungen retten konnte. Die sächsischen sozialdemokratischen Arbeiter wollen nicht gerade auch nach dem Wahlkampf eine Reinigung der Atmosphäre, eine völlige Ausschaltung der 23, die mit dem Bürgerblock zusammenhängen. Die sozialdemokratischen Arbeiter wollen die Arbeit für die Politik des Klassenkampfes und die Arbeit von der Politik der Koalition mit dem Bürgerblock. Der Artikel Crispian wird sie beherrschen, daß die sächsischen SPD-Führer diesem Willen keine Rechnung tragen; nicht die Wahl eines sächsischen „linken“ SPD-Abgeordneten bildet daher eine Garantie für den Bund mit der Koalitionspolitik, sondern nur die Wahl von Kommunisten, die grundsätzliche Gegner jeder Koalitionspolitik sind. Der Wahlkampf, der von der SPD Sachsen geführt wird, kann daher nur die Stärkung der AEPS zur Folge haben, wenn nicht die sozialdemokratischen Arbeiter ihre Stimme für die Kommunisten abgeben.

Wir werden morgen näher auf diese Entschlüsselung zurückkommen. Eins kann jedoch schon heute beteuert festgestellt werden: Diese Forderung des ADOB und der übrigen Sachengruppen bedeuten natürlich nichts anderes als eine letzte Parole, wenn nicht gleichzeitig konkrete Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Forderungen in Angriff genommen werden. Die Arbeiter in den einzelnen Gewerkschaften müssen sofort die Arbeiterproklamation des ADOB Stellung nehmen und die Gewerkschaftsorganisationen zwingen, den Druck auf den ADOB zu verstärken, mit den leeren Versprechungen und leeren Proklamationen Schluß zu machen und endlich zur Tat zu schreiten. Die Arbeiter werden zum Kampfe bereit sein.

Wir werden morgen näher auf diese Entschlüsselung zurückkommen. Eins kann jedoch schon heute beteuert festgestellt werden: Diese Forderung des ADOB und der übrigen Sachengruppen bedeuten natürlich nichts anderes als eine letzte Parole, wenn nicht gleichzeitig konkrete Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Forderungen in Angriff genommen werden. Die Arbeiter in den einzelnen Gewerkschaften müssen sofort die Arbeiterproklamation des ADOB Stellung nehmen und die Gewerkschaftsorganisationen zwingen, den Druck auf den ADOB zu verstärken, mit den leeren Versprechungen und leeren Proklamationen Schluß zu machen und endlich zur Tat zu schreiten. Die Arbeiter werden zum Kampfe bereit sein.

Achtung, Parteigenossen!

Alle Gruppen haben am Sonntag sofort die Wahl-ergebnisse an folgende Telefonnummern zu melden:

Ami Dresden 17259 und 14191

Schützt unsere Plakate!

Fachisten und andere Gegner haben in den letzten Tagen unsere Wahlplakate abgerissen, Genossen schützt unsere Plakate! Verbreitet das Wahlmaterial, organisiert den Schpesserdienst!